

A n t r a g

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/12720 –

Freiheiten gewähren, Rechtsstaatlichkeit bewahren

1. Der Landtag stellt fest:

Die Coronakrise und ihre Folgen haben zu enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen geführt.

Rheinland-Pfalz steht durch die Maßnahmen gegen die COVID-19 Ausbreitung vor der größten Herausforderung seit seinem Bestehen. Um der weiteren Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken und die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen zu mildern, muss die Landesregierung alle Maßnahmen ergreifen, die angemessen, erforderlich und verhältnismäßig sind.

Die Maßnahmen, die die Krise bewältigen sollen, müssen dabei eine Reihe unterschiedlichster Aspekte berücksichtigen. Die Wirtschaftsförderung muss Hand in Hand gehen mit dem Schutz der Bevölkerung. Wichtiger denn je ist ein gut funktionierendes, gefestigtes und stabiles Gesundheitssystem.

In allen Bereichen des öffentlichen Lebens sind diese Maßnahmen verbunden mit spürbaren Einschränkungen für die Bevölkerung. Diese Einschränkungen, insbesondere der Grund- und Freiheitsrechte, müssen dauerhaft auf den Prüfstand. So muss es stets die Bestrebung der Politik sein, den Bürgern dieses Landes so viel Freiheit wie möglich zu gewähren.

Weder bei der Einschränkung der Bürgerrechte, noch in anderen Feldern darf die Coronakrise als Vorwand zum Brechen geltenden Rechts führen, beispielsweise durch eine dauerhafte Umgehung der Schuldenbremse oder die Schaffung von Schattenhaushalten.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sämtliche Grund- und Freiheitsrechte in Kraft zu setzen, wo immer es möglich ist und diese zu verteidigen, insbesondere gegen Versuche, sie unter Vorwänden wegen missliebiger Meinungen einzuschränken;
- fortbestehende Maßnahmen ständig zu überprüfen, gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben;
- unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit eine ausufernde Verschuldung im Zuge der Krise zu verhindern;
- Parlamentsrechte nicht zu beschneiden.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger

